

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Zur Rolle einer unabhängigen Wissenschaft und Presse in unserer freiheitlichen Gesellschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1964) : Zur Rolle einer unabhängigen Wissenschaft und Presse in unserer freiheitlichen Gesellschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 7, pp. 267-269

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133403>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Rolle einer unabhängigen Wissenschaft und Presse in unserer freiheitlichen Gesellschaft

Der zivilisatorische Fortschritt, der uns von so manchen natürlichen Abhängigkeiten und den aus ihnen entspringenden Nöten und Zwängen befreit hat, war an zwei Voraussetzungen gebunden: erstens an die wissenschaftliche Erforschung von Natur und Menschenwelt und zweitens an das arbeitsteilige Zusammenwirken in immer größeren menschlichen Gemeinschaften. Der Industrialisierungsprozeß, der — selbst ein Ergebnis des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts — uns die zivilisatorischen Annehmlichkeiten beschert hat, macht allmählich die ganze Welt zu einem arbeitsteilig zusammenwirkenden Ganzen. Je mehr sich aber die Arbeitsteilung durchsetzt, desto größer wird die Abhängigkeit der Menschen voneinander und desto bedeutungsvoller wird das Funktionieren einer gesellschaftlichen Ordnung, welche die Teilhandlungen der Menschen aufeinander abstimmt. Was wir dadurch an Freiheit gewonnen haben, daß wir unseren Nahrungsspielraum ausdehnten, daß wir unabhängiger wurden von den Wechselfällen unseres natürlichen Schicksals, das mußten wir bezahlen mit einem Opfer an individueller Freiheit für die Zusammenarbeit in unserem wachsenden Gemeinwesen.

Freiheit versteht sich in unserer industriellen Gesellschaft nicht von selbst!

Da in unserer Industriegesellschaft nach der ihr eigentümlichen Sachgesetzlichkeit alle auf alle angewiesen sind, ist die dauerhafte Existenz persönlicher Freiheitsrechte gebunden an ausreichende Einsicht in das sachlich Notwendige und an das entsprechende Handeln. Freiheit ist auf die Dauer nur innerhalb des Spielraums möglich, den dieser Sachzwang uns läßt. Und die Chance, diesen Spielraum auszunutzen, haben wir nur, soweit wir diese Sachgesetzlichkeit kennen und zu beherrschen wissen, d. h. soweit wir vor allem ein zureichendes ökonomisches und politisches Realitätsbewußtsein gewinnen und den Mut haben, danach zu handeln.

Dies mag manchem als Binsenwahrheit erscheinen. Aber es ist auch und gerade für die Industriegesellschaften der westlichen Hemisphäre, soweit sie demokratisch und marktwirtschaftlich geordnet sind, wahrscheinlicher, daß diese Wahrheit unbeachtet bleibt, als daß sie die notwendige Berücksichtigung findet. Zwar bietet die parlamentarische Ordnung ähnlich wie die marktwirtschaftliche viel Spielraum für Spontaneität von Individuen und Gruppen. Aber solche Spontaneität ist üblicherweise kurzfristig und partiell ausgerichtet. Sie bringt daher unsere Gesellschaft leicht in die Gefahr, ihre eigene Freiheitlichkeit ad absurdum zu führen, wenn im Streit der partiellen Interessen die gemeinsamen Aufgaben und das langfristig Notwendige ins Hintertreffen geraten.

Die Erfahrungen der letzten hundert Jahre haben uns gelehrt, daß eine marktwirtschaftliche Koordination der Entscheidungen privater Haushalte und Unternehmungen allein nicht in der Lage ist, lebenswichtige gemeinsame Interessen wahrzunehmen. Marktwirtschaftlich unlösbare Aufgaben (wie z. B. der ausreichende Ausbau der Infrastruktur, die Lösung der sozialen Frage, die Vollbeschäftigung, die nationale Sicherheit) haben in der Vergangenheit deutlich werden lassen, daß eine dezentralistische marktwirtschaftliche Ordnung — bei allen ihren Vorzügen, die sie besitzt — nicht ausreicht, um unsere Industriegesellschaft vor politischen und ökonomischen Existenzkrisen zu bewahren, daß es dazu vielmehr einer den einzelnen Haushalten und Unternehmungen, den Individuen und Gruppen übergeordneten politischen Instanz bedarf. So hat sich die „gemischte Ordnung“ einer wirtschaftspolitisch gelenkten Marktwirtschaft entwickelt. Sie hat manche Probleme lösbar gemacht, die noch in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts als unlösbar erschienen. Sie hat aber auch die Durchschaubarkeit unserer gesellschaftlichen Ordnung nicht gerade vereinfacht und hat manche Probleme nur von der wirtschaftlichen auf die politische Ebene verschoben, wo sie noch der Lösung harren.

Denn auch die politische Ordnung einer Demokratie — wie sehr wir auch berechtigterweise mit ihr unsere Vorstellungen von politischer Freiheit verbinden — hat ähnliche konstitutionelle Schwächen wie die Marktwirtschaft. Zwar soll das Spiel mit verteilten Rollen zwischen Regierung und Opposition auch die langfristigen Ziele des Gemeinwohls sichern helfen. Gleichzeitig müssen aber beide Rollenträger legitimerweise bestrebt sein, ihre politische Macht zu erhalten bzw. zu gewinnen, indem sie bei den Parlamentswahlen um die Stimmen der Wähler konkurrieren. Über diesem Wettkampf kann es dann leicht geschehen, daß die eigentliche konstruktive politische Aufgabe, ausreichend langfristig zu koordinieren, in den Hintergrund gedrängt, wenn nicht gar ganz von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Diese Gefahr ist in einer parlamentarischen Demokratie besonders groß, wenn wie in unserer Bundesrepublik das böse Gewissen und die Überforderung aus einer totalitären Vergangenheit bei den Staats- und Wirtschaftsbürgern zu einem Übergewicht individualistischer Neigungen und Ansprüche geführt haben. In einer solchen Situation müssen paradoxerweise gerade Erfolge ein oberflächliches Selbstbewußtsein stärken und einseitige Haltungen und Orientierungen versteifen, wie es die Begleiterscheinungen unseres wirtschaftlichen Aufschwunges im letzten Jahrzehnt immer wieder erkennen ließen.

So erklärt es sich, daß der Vorzug unserer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ von heute, uns vom „Klassenkampf von oben und unten“ weitgehend erlöst zu haben, damit erkauft worden ist, daß wir nun alle an der gleichen Manie des konformistischen Wettkampfes aller um steigende Einkommen und steigenden privaten Lebensstandard leiden. Da dank einer permanenten Vollbeschäftigung die Mehrheit der Bevölkerung sich an diesem Wettkampf beteiligen kann, zieht er magisch die entscheidenden Kräfte des öffentlichen und privaten Lebens an sich, und es bleibt keine Zeit und keine Kraft, dem Gefühl des im Grunde Unerfülltseins, das heute viele Menschen haben, nachzugehen. So gerät dieses Gefühl ins Unterbewußtsein und schafft jenes allgemeine Unbehagen, von dem neuerdings viel die Rede ist, aus dem aber keine Änderung schaffende Konsequenzen gezogen werden. Da keiner dem anderen ernstlich wehtun will, weil er davon für sich und seine Karriere nur Nachteile befürchtet, beherzigt er die Devise: „Seid nett zueinander!“ Ein Slogan und eine Haltung, die sich in klingende Münze umwechseln, die aber keine umfassende konstruktive Kritik aufkommen läßt.

Soweit aber kritische Auseinandersetzungen noch die Öffentlichkeit bewegen, geht es weit mehr um die Ausdehnung der Rechte und Vorteile einzelner Gruppen, also — wie sehr man sich auch bemüht, das Gemeinwohl als Argument vorzuwenden — um partielle Interessen, als um Appelle und Zugeständnisse, endlich einmal gemeinsamen Aufgaben gemeinsame Opfer zu bringen. Diese Abgeneigtheit gegenüber langfristigen und umfassenden Aspekten und Anliegen fördert eine Bewußtseinsspaltung, in die wir schon ohne besondere Absicht durch die wachsende Differenzierung unserer Umwelt geraten. Jeder von uns lebt in seiner privaten Teilwelt, und je mehr er ihr ausschließlich zugewandt ist, desto weniger vergegenwärtigt er sich, daß auch sein ganz privates Schicksal entscheidend von dem abhängt, was außerhalb seines privaten Dunstkreises geschieht. Aber auch unseren politischen und ökonomischen Koordinatoren gelingt es nicht, die Teilwelten in einen umfassenden Zusammenhang zu bringen. So werden einzelne Bereiche der Innenpolitik, Außenpolitik und Weltpolitik jeder für sich betrieben, als habe das eine nichts mit dem anderen zu tun, und die gelegentliche Einsicht, daß im Atomzeitalter sinnvollerweise alle Politik mittelbar Weltpolitik sein müsse, bleibt ohne praktische Konsequenzen. Denn unsere Politiker müssen ja an die nächste Wahl denken; und ihre Wähler wollen oder können aus der Froschperspektive ihres privaten Lebenskreises nicht hinausgelangen.

Unter solchen Verhältnissen bleibt wenig Aussicht, daß aus dem Rollenspiel zwischen Regierung und Opposition rechtzeitig eine genügend langfristig koordinierende Politik erwächst, wenn nicht eine zweifache Hoffnung bestünde. Einmal kann man auf den Wandel unseres Bildungs- und Erziehungssystems hoffen, in dessen Mittelpunkt ohne Verzögerung eine moderne politisch-ökonomische Bildung rücken muß, damit wir die Gesetze der Welt, in der wir leben, über unsere private Teilwelt hinaus verstehen lernen. Zum anderen bezieht sich die Hoffnung darauf, daß es gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft wie der unseren autonome Kräfte gibt, von denen konstruktive Impulse ausgehen können, um den negativen Zirkel des sozialen Zerfalls zu durchbrechen; Kräfte, die aus-

hilfsweise oder ergänzend die Rolle der Opposition und damit die Aufgabe einer konstruktiven nonkonformistischen Kritik übernehmen können. Solche Impulse können z. B. von der Kirche, der Wissenschaft, der Presse, sie können von jeder Person oder Gruppe ausgehen, die sich in der Lage sieht, vielleicht unangenehme, aber notwendige Wahrheiten ins öffentliche Bewußtsein zu rufen, damit das Rechte geschehen kann. Daß Wissenschaft und Presse dabei besondere Aufgaben zufallen, ergibt sich aus Herkunft und Charakter unserer modernen Welt.

Die Wissenschaft liefert das Sachverständnis für eine Welt, die sie selbst „gemacht“ hat. Sie hat über die Gesetze zu informieren, nach denen diese Welt funktioniert und sich wandelt. Sie hat zu warnen, wenn Sachzusammenhänge nicht beachtet oder Gesetzmäßigkeiten behauptet werden, die gar nicht existieren. Damit dies möglich wird, darf sie allerdings nicht davor zurückschrecken, sich selbst zuweilen in die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu begeben und ihren eigenen Beitrag in eine Form zu gießen, die ihn der Praxis attraktiv und verständlich macht. Aus dem „Elfenbeinturm“ der abstrakten Kontemplation vermag sie das selten; von dort läßt sich die Welt wohl interpretieren, aber kaum verändern. Zum Wirksamwerden im politisch-wirtschaftlichen Bereich gehört nun einmal das Stellungnehmen und Bekennen. Auch ein Wissenschaftler kann dies tun, ohne seinen Beruf verleugnen zu müssen, wenn er nur die Voraussetzungen klarstellt, auf denen sein Urteil und seine Beweisführung ruhen.

Die Presse ist in unserer Demokratie nicht nur der Spiegel des öffentlichen Bewußtseins. Da sie die öffentliche Meinung auch im entscheidenden Umfang zu formen vermag, übernimmt sie in unserer außergeleiteten Gesellschaft nicht selten die Rolle einer Art öffentlichen Gewissens, dem sich kaum jemand zu entziehen wagt. Denn das Ansehen von Personen, die im öffentlichen Leben stehen, ist fast identisch mit dem Bilde, das die Presse von ihnen entwirft. So liegt bei ihr gelegentlich mehr Macht, als Menschen zu ertragen, und mehr Gestaltungschancen, als sie zu bewältigen vermögen.

Denn natürlich bedeutet das Vorhandensein von Macht- und Gestaltungschancen noch nicht, daß man sie sinnvoll nutzt. Man kann Macht mißbrauchen und Chancen versäumen. Das gilt für Wissenschaft und Presse genauso wie für unsere politischen Institutionen. Das liegt nicht nur daran, daß Menschen in allen Institutionen Irrtümern unterworfen sind; wichtiger ist, daß sie immer wieder verführt sind, den Weg des geringsten Widerstandes und der kurzfristigen Bequemlichkeiten zu gehen, zumal das Zukünftige und Fernerliegende meist nur undeutlich zu unterscheiden und mehr zu vermuten als zu erkennen ist. Eine Presse, die allzusehr darauf aus ist, ihren Lesern zum Munde zu reden und mehr auf Sensation und sentimentale Meinungsbildung als auf sachliche Information gerichtet ist, wird ihre schöpferische Chance einer zukunftsgerichteten Zeitkritik genauso versäumen wie eine Wissenschaft, die sich allzusehr um das Wohlwollen ihrer öffentlichen oder privaten Geldgeber sorgt oder selbstgenügsam mit ihren theoretischen Glasperlenspielen beschäftigt ist. Negative Beispiele gibt es heute die Fülle. Aber es gibt auch Beispiele, die übernommene Rolle richtig zu spielen, mit Anstand und dem notwendigen Mut, sich notfalls unbeliebt zu machen. Und vielleicht wird unsere Zukunft davon abhängen, daß solche Beispiele sich mehren.

Der WIRTSCHAFTSDIENST ist die wirtschaftspolitische Monatsschrift eines wissenschaftlichen Instituts, das — politisch und wirtschaftlich unabhängig — seine Aufgabe darin sieht, der Praxis in Wirtschaft und Politik mit seinem Rat zu dienen. Da Ratgeben jedoch nie heißen kann, sich auf das zu beschränken, was der Ratsuchende gern hört, sieht unsere Zeitschrift ihre Aufgabe vor allem auch darin, das auszusprechen, was in seiner Problematik zu begreifen und anzuerkennen in der Regel schwerfällt. Hierbei wird der Meinungsfreiheit der Autoren voller Spielraum gewährt. Gebunden sind sie nur in der Verpflichtung zur umfassenden und möglichst konstruktiven Kritik. Die Fruchtbarkeit solcher Kritik wird vor allem davon abhängen, ob es ihr jeweils gelingt, nicht nur die Gefahren konkreter Vorhaben, sondern zugleich alternative Möglichkeiten aufzuzeigen und den Preis deutlich zu machen, der auf jedem möglichen Weg zu zahlen ist. Gelänge es auf diese Weise, den Praktikern in Wirtschaft und Politik das Abwägen zu erleichtern, so könnten sie sich auf das konzentrieren, was ihre Aufgabe ist: die sachgerechte Entscheidung.

Heinz-Dietrich Ortlieb